

Fischer, Bernhard

Article — Digitized Version

Neue Initiativen zur Entwicklungszusammenarbeit?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fischer, Bernhard (1996) : Neue Initiativen zur Entwicklungszusammenarbeit?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 7, pp. 322-323

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137366>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue Initiativen zur Entwicklungs- zusammenarbeit?



Bernhard Fischer

Der Entwicklungspolitik wurde beim jüngsten Weltwirtschafts-Gipfel (G7) in Lyon erstaunlich viel Aufmerksamkeit gewidmet. Sollte mit Rhetorik vom weltweiten Schrumpfen der Entwicklungshilfe-Leistungen abgelenkt werden?

Nach vorläufigen Angaben der OECD hat sich die von den Industriestaaten geleistete Entwicklungshilfe 1995 nominell auf 59 Mrd. US\$ verringert und ist damit um real 9,3% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die Hilfeleistungen im Mittel auf 0,27%, d.h. auf den tiefsten Stand seit 1970 gefallen. Besonders ausgeprägt ist die "aid fatigue" in den USA, wo die Zuwendungen an die Entwicklungsländer um real 28% auf 7,3 Mrd. US\$ gesenkt wurden. Hinzu kommt, daß der Anteil der Mittel, der zur Beschleunigung des Wachstums eingesetzt werden kann, einen sinkenden Trend aufweist. So stiegen die für kurzfristige Not- und Katastrophenhilfe verwandten Mittel auf etwa 10% des deutschen Entwicklungshilfe-Etats an. Angesichts dieser Fakten wirkt die auf dem Lyoner Gipfel vereinbarte neue "Entwicklungspartnerschaft" zwischen den führenden Industrienationen und den internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation) geradezu zynisch.

Die neue Partnerschaft soll dazu dienen, die fortschreitende Globalisierung zum Nutzen aller Länder zu gestalten und eine nachhaltige Entwicklung in den armen Ländern zu unterstützen. Dabei sollen die Entwicklungsländer nicht von ihrer Verantwortung befreit werden, den richtigen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen und selbst alle notwendigen Maßnahmen für die Linderung der Armut und eine umweltverträgliche Entwicklung zu ergreifen. Demokratie, die Achtung von Menschenrechten und eine von rechtsstaatlichen Prinzipien geleitete Politik gehören nach Ansicht der Sieben ebenfalls zu einem nachhaltigen Entwicklungsprozeß.

Diese Bekenntnisse und Forderungen sind alles andere als neu. Sie gehören inzwischen zum Standardritual bei öffentlichen Verlautbarungen zur Entwicklungspolitik. Etwas origineller und konkreter hat sich jüngst der Entwicklungspolitische Ausschuß (DAC) der OECD geäußert, der auf seiner Mai-Tagung in Paris ein Aktionsprogramm beschloß, das u.a. folgende Elemente enthält: Bis zum Jahre 2015 wollen die Industrieländer die Zahl von 1,3 Mrd. Armen der Welt um die Hälfte verringern, bis zum Jahre 2005 soll für alle Kinder eine Grundschulausbildung gesichert und das Analphabetentum überwunden sein, bis 2015 soll die Kindersterblichkeit um zwei Drittel und die Müttersterblichkeit um drei Viertel sinken. Außerdem sollen bis zu diesem Zeitpunkt überall die Möglichkeiten zur Familienplanung zugänglich gemacht werden und die Umweltbeschlüsse des Rio-Gipfels von 1991 verwirklicht sein.

Eine Abkehr von input-orientierten Versprechungen, wie sie etwa in dem historischen UN-Ziel zum Ausdruck kommen, nach dem die Industrieländer 0,7% ihres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen sollten, ist sicherlich begrüßenswert. Diese Zielvorgabe war seit jeher illusorisch und half höchstens dem für Entwicklungshilfe zuständigen Minister, seinen Haushalt gegenüber dem Finanzminister zu verteidigen. Aber output-orientierte Ziele sind ebenso unsolide, wenn nicht aufgezeigt wird, mit welchen Maßnahmen und finanziellen Mitteln diese erreicht werden können. Wie sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, bleibt das entwicklungspolitische Engagement eine Re-

sidualgröße. Angesichts der angespannten öffentlichen Haushalte in den Industriestaaten wird sich dies auch in Zukunft kaum ändern. Ein Anzeichen dafür ist, daß der Anteil der liefergebundenen Entwicklungshilfe an der gesamten Hilfe seit den 70er Jahren stetig auf heute über 50% angestiegen ist.

Auf dem G-7-Treffen wurde auch gefordert, in Zukunft alle konzessionären bi- und multilateralen Entwicklungshilfegelder auf die ärmsten Länder zu konzentrieren. Dabei soll der Entwicklung der afrikanischen Länder südlich der Sahara besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Aufbauend auf der globalen Initiative für Afrika, die Mitte März in den Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der Weltbank initiiert worden ist, soll nun eine mittelfristige Aufbaustrategie für diese Länder konzipiert werden.

Bei diesen Vorschlägen ist zu beachten, daß die meisten der armen Länder, vor allem in Afrika südlich der Sahara, bereits in hohem Maße von den Transfers aus den Industrieländern abhängig sind, und es ist zu bezweifeln, daß mit zusätzlichen Mitteln diese Abhängigkeit abgebaut werden kann. Heimische Renten, wie sie bei der Besteuerung des internationalen Handels, der impliziten Besteuerung des Agrarsektors oder bei der Kreditvergabe zu negativen Realzinsen anfallen, sind zwar durch Strukturanpassungsprogramme abgebaut worden. Gleichzeitig sind jedoch heimische zunehmend durch internationale Renten in Form von Entwicklungshilfe-Leistungen ersetzt worden. Beim in jüngster Zeit von der Weltbank hervorgehobenen Musterbeispiel erfolgreicher Entwicklung - Ghana - stimmt nachdenklich, daß dieses Land seit 1989 den steilsten Anstieg der Entwicklungshilfe pro Kopf in Afrika zu verzeichnen hatte. Für einen nachhaltigen Entwicklungserfolg würden eher sinkende Hilfeleistungen sprechen. Viele der ärmsten Länder dürften zudem ihre Absorptionskapazität für ausländische Hilfe bereits überschritten haben.

Ein weiterer Bestandteil der neuen Partnerschaft ist schließlich die in Lyon im Grundsatz vereinbarte Schuldenerleichterung für eine Reihe hochverschuldeter Länder. Im Kreis der Begünstigten wären bis zu 20 Länder, deren Gesamtverschuldung derzeit 97 Mrd. US\$ beträgt. Davon entfallen knapp 60% auf bilaterale Gläubiger und 22% auf multilaterale Finanzinstitutionen, vor allem auf die Weltbank und den Währungsfonds. Damit würden diese Institutionen erstmals zum Schuldenabbau beitragen. Die Weltbank soll noch in diesem Jahr 500 Mill. US\$ (insgesamt bis zu 2 Mrd. US\$) aus ihrem Gewinn in einen treuhänderischen Fonds einbringen. Der Währungsfonds soll seinen Beitrag über zinslose, langfristige Kredite aus seiner Strukturfazilität leisten. Der von den USA und Frankreich im Einklang mit dem Währungsfonds lancierte Vorschlag, die Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer über den Verkauf von 2 Mrd. US\$ der IWF-Goldreserven (insgesamt etwa 40 Mrd. US\$) zu finanzieren, scheiterte zwar noch am heftigen Widerstand der deutschen Regierung, dürfte jedoch weiterhin auf der Tagungsordnung der Bretton-Woods-Institutionen bleiben.

Inwieweit der geplante Schuldenerlaß das Entwicklungspotential der betroffenen Volkswirtschaften tatsächlich erhöht oder ob lediglich eine Bilanzbereinigung bei den Gläubigern stattfindet, bleibt offen. Die Schuldendienstverpflichtung der 32 ärmsten Länder mit einem erheblichen Schuldenüberhang betrug 1993 45% ihrer Exporte. Die tatsächlichen Schuldendienstzahlungen betragen hingegen lediglich 18% der Exporte im selben Jahr, so daß erhebliche Zahlungsrückstände bestehen. Falls der Schuldenerlaß lediglich dazu führt, daß künftig diese Zahlungsrückstände verschwinden, ist für die Entwicklung wenig gewonnen. Unsicherheit besteht auch weiterhin über die notwendige „kritische Masse“ beim Schuldenerlaß und den Umfang an wirtschaftspolitischen Reformen in den begünstigten Ländern, die erforderlich sind, um die Verschuldungsprobleme dieser Länder auf Dauer zu lösen.

Fazit: Eine verstärkte Einbindung der ärmsten Länder in die Weltwirtschaft und deren Teilnahme am Globalisierungsprozeß gelingt weder mit Rhetorik noch mit spektakulären Initiativen, die sich ex post sehr oft als Seifenblasen herausstellen. Solange die Industrieländer insbesondere im Agrarbereich weiterhin durch Zolleskalation den überwiegend vom Rohstoff-Export abhängigen ärmsten Entwicklungsländer den Absatz verarbeiteter Produkte verwehren und nicht-tarifäre Hemmnisse im Industriegüterbereich eine vertikale Diversifizierung ihrer Produktionsstruktur erschweren, bleiben ihre Initiativen wenig überzeugend. Es gibt keinen Grund, sich auf den für viele Entwicklungsländer unbefriedigenden Ergebnissen der Uruguay-Runde auszuruhen. Auch die gutgemeinten Ratschläge für wirtschaftspolitische Reformen in den armen Ländern verlieren zunehmend an Glaubwürdigkeit, wenn man bedenkt, wie schwer es den alten Industrieländern fällt, Sparpakete zu schnüren, Strukturreformen umzusetzen und sich den globalen Herausforderungen zu stellen.